Beginn: 10.20 Uhr

Eröffnung und Begrüßung

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Sie alle zur heutigen Tagung der Landschaftsversammlung im Welterbe Zollverein in Essen herzlich willkommen. Ich freue mich, dass wir hier tagen können, nachdem so große Ereignisse, was die Kulturhauptstadt Essen angeht – das Ruhrmuseum ist eröffnet worden –, und vieles mehr hier stattgefunden haben und vor allen Dingen in diesem Jahr noch stattfinden werden.

Deshalb finde ich es besonders freundlich und freue mich ganz besonders, dass der Oberbürgermeister der Stadt, der neben seinen Verpflichtungen, den Haushalt dieser großen Stadt Essen zusammenzuhalten, die Verwaltung zu leiten sowie sicherlich Repräsentationspflichten im Zusammenhang mit dem Weltkulturerbe haben wird, die Zeit gefunden hat, heute zu uns zu kommen.

Lieber Oberbürgermeister, lieber Reinhard Paß, sehr herzlich willkommen in der Landschaftsversammlung Rheinland in deiner Stadt Essen!

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Herr Paß wird gleich ein Grußwort an uns richten.

Dass wir heute in Essen auf Zollverein tagen, geht auf die Initiative unseres Kollegen, des Bürgermeisters von Essen, Rolf Fliß, zurück, der lange gedrängelt und mehrfach versucht hat, uns hierhin zu locken. Lieber Herr Fliß, jetzt ist es gelungen. Wir freuen uns, dass Ihre Initiative Erfolg hatte.

Im Anschluss an die heutige Sitzung wird uns der Leiter des Ruhrmuseums, Herr Professor Borsdorf, im Vorraum, also vor diesem Sitzungssaal, eine kurze Einführung zum Ruhrmuseum geben. Sie sind danach herzlich zu Führungen durch das Museum mit den Damen und Herren, die hier arbeiten, eingeladen.

Besonders herzlich begrüÙe ich vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe heute

- den Vorsitzenden der Landschaftsversammlung, Herrn Dieter Gebhard, und
- den Landesrat für den Bereich Landesjugendamt und Schulen, Herrn Hans Meyer.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren,

vor Eintritt in die Tagesordnung

möchte ich Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Helmut Wolff †

Ich habe soeben erfahren, dass vor wenigen Stunden unser langjähriges Mitglied der Landschaftsversammlung, unser Kollege aus Essen, aus dieser Stadt, Herr Helmut Wolff, nach langer Krankheit verstorben ist.

Herr Wolff war Mitglied des Finanzausschusses. Er war im Aufsichtsrat der Rheinland Kultur GmbH und in vielen anderen Gremien für die Landschaftsversammlung Rheinland und damit eben auch für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Essen tätig.

Wir haben in ihm immer einen sehr sachkundigen, sehr ruhigen und sehr abgewogen argumentierenden Kollegen kennen und schätzen gelernt. Wir werden ihm alle ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke Ihnen, dass Sie sich von Ihren Plätzen erhoben haben.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein)

OrdnungsgemäÙe Einberufung

Zu dieser 2. Tagung der 13. Landschaftsversammlung Rheinland wurde frist- und ordnungsgemäÙ mit Schreiben vom 10. Februar 2010 eingeladen. Die Tagung wurde im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 5 vom 22.02.2010 öffentlich bekannt gemacht.

Entschuldigungen

gibt es. Die Personen sind der Verwaltung bekannt; die Namen werden dem Protokoll beigelegt.

Beisitzer

Als Beisitzerin und Beisitzer möchte ich gerne

– Frau Desirée Reifschneider von der Fraktion Die Linke.

und

– Herrn Lars Effertz von der FDP, der immer noch zu den Jüngsten gehört,

gleich bitten, hier Platz zu nehmen.

(Unterrichtung des Vorsitzenden durch Frau Eichhorn)

– Herr Effertz ist heute krank? – Dann möchte ich gern Herrn Gregor Golland von der CDU-Fraktion bitten, diesen freundlichen, heute nicht sehr arbeitsaufwendigen Dienst an meiner Seite zu versehen.

Bitte seien Sie so liebenswürdig, nach vorn zu kommen und rechts und links neben Herrn Paß und mir Platz zu nehmen.

Frau Reifschneider und Herr Golland sind da? – Heute erwartet Sie nicht so viel Arbeit wie bei der konstituierenden Sitzung.

(Die Beisitzer nehmen ihre Plätze ein)

Punkt 1, meine Damen und Herren, lautet

Anerkennung der Tagesordnung

Sind Sie mit der Ihnen vorliegenden Tagesordnung einverstanden? – Da ich keine Wortmeldungen sehe, ist sie so **akzeptiert**.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 2**, der ein richtig ordentlicher ist; und das soll auch ordentlich gemacht werden.

Grußwort des Oberbürgermeisters von Essen, Reinhard Paß

Ich freue mich sehr, Herr Paß, dass Sie jetzt das Wort an uns richten. Bitte schön!

Reinhard Paß, Oberbürgermeister von Essen: Sehr geehrter Herr Dr. Wilhelm! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer sich in der heutigen Zeit mit dem Thema Haushalt und Finanzen beschäftigt – und das weist Ihre Tagesordnung für den heutigen Tag aus –, der tut wirklich gut daran, das in einer angenehmen, in einer kreativen Umgebung zu tun. Deshalb ist Ihre, wie ich meine, gute Entscheidung auf den Schacht XII des Weltkulturerbes Zollverein gefallen, sich eben hier mit dem Thema auseinanderzusetzen;

denn diese einmalige Anlage inspiriert nicht nur Kultur- und Kunstschaaffende, sondern ist auch immer häufiger Ort für Kongresse und Tagungen.

Deshalb freue ich mich herzlich, Sie hier heute begrüßen zu dürfen.

Ich empfinde es auch als eine Auszeichnung für den Standort Zollverein und für die Stadt Essen und bedanke mich deshalb bei meinem Ratskollegen Rolf Fliß, dass er das mit unterstützt hat und es daher möglich ist, dass Sie abseits Ihres üblichen Tagungsortes auch mal an den Ort des Geschehens Ihrer Arbeit kommen; denn ich weiß ja nun auch – und darauf komme ich gleich –, dass Sie, was den Standort Zollverein angeht, eine Menge an Beiträgen geleistet haben.

Ja, hier im Grenzgebiet zwischen Rheinland und Westfalen schlägt das Herz des Ruhrgebiets, der Kulturhauptstadt Europas 2010. Den Wandel von der Industrieregion zur Handels- und Dienstleistungsmetropole können wir hier auf Zollverein deutlich wahrnehmen. Im Gründerzentrum der ehemaligen Schachtanlage 4/5/11 – Triple Z – wird an der Zukunft junger Unternehmen gefeilt, und hier vor Ort – Schacht XII – bestimmen Kunst und Kultur den Alltag.

Dass das so ist – ich habe es schon erwähnt –, ist auch eine Leistung des Landschaftsverbandes Rheinland. Gemeinsam haben wir, LVR und Stadt Essen, mit dem Land Nordrhein-Westfalen die Stiftung Zollverein und die Stiftung Ruhrmuseum ins Leben gerufen. Auf diese Weise fördern wir die kulturelle Vielfalt und bewahren das Erbe des Bergbaus; wir bewahren das Erbe dieser spannenden Region.

Das Ergebnis können Sie im neuen Ruhrmuseum in der Kohlenwäsche sehen. Dort erhalten Sie einen wirklich unvergleichlichen Einblick in die Geschichte des Ruhrgebiets von den Anfängen bis in die Gegenwart.

Ich halte es schon für beachtens- und bemerkenswert, dass alleine im ersten Monat bereits rund 50.000 Interessierte diese Ausstellung besucht haben. Ich hoffe, dass Sie etwas Zeit mitgebracht haben, um gleich bei der Führung mit Professor Borsdorf durch das Ruhrmuseum oder vielleicht auch durch Besuche anderer Orte auf der Zeche Zollverein Gelegenheit zu nehmen, auch die Früchte Ihrer Arbeit zu entdecken.

Das Ruhrmuseum steht für funktionierende interkommunale Zusammenarbeit und ist ein gutes

Beispiel für das konstruktive Wirken des Landschaftsverbandes. Mit seinen vielfältigen Einrichtungen unterstützt der Landschaftsverband die Städte und Gemeinden im Rheinland. So genießen auch in Essen Kinder, Jugendliche, kranke und behinderte Menschen kompetente Betreuung und Versorgung dank der Förderung des LVR. Er bietet – so sein Leitspruch – „Qualität für Menschen“. Das heißt Lebensqualität in breiter Basis.

Meine Damen und Herren, überall spüren und erleben wir: Essen, das Ruhrgebiet, ist Kulturhauptstadt Europas 2010. Und wir haben nun die einmalige Gelegenheit, allen unser kulturelles, reichhaltiges und unverwechselbares Erbe in dieser Region zu zeigen.

Der Landschaftsverband hat sicherlich auch diesen Umstand mit zum Anlass genommen, den „Tag der Begegnung“ erstmalig in der Stadt Essen auszurichten. Darüber freue ich mich sehr, wird diese Traditionsveranstaltung für behinderte und nicht behinderte Menschen doch als größte barrierefreie Veranstaltung der Kulturhauptstadt im Grugapark ein Zeichen für Integration und Kultur setzen.

Der LVR hat die Erschließung bisher nicht barrierefreier Bereiche des Parks gefördert. So bin ich guter Hoffnung, dass alle am 27. Juni 2010 die Gruga werden unbeschwert genießen können. Daher bereits jetzt allen Besucherinnen und Besuchern ein herzliches Willkommen für den 27. Juni!

Außerdem möchte ich die heutige Gelegenheit nutzen, dem Landschaftsverband Rheinland und Ihnen als Entscheidungsträgern für die erfolgreiche Zusammenarbeit zu danken. Ich baue auch in Zukunft auf Ihr Engagement und auf die bewährte gute Kooperation.

Ihrer Versammlung wünsche ich einen guten Verlauf, die richtigen Entscheidungen natürlich, aber allen vor allen Dingen auch noch einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt und im Anschluss an Ihre Tagung, an Ihre Sitzung, auch die Gelegenheit und die Zeit, sich hier am Standort umzusehen.

Ich schließe mit einem herzlichen Glückauf!

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Herzlichen Dank, Herr Oberbürgermeister Paß für diese freundlichen Begrüßungsworte.

Ich darf Ihnen zur Erinnerung etwas Römisches geben – leider nur eine Kopie. Aber es ist trotzdem, glaube ich, ein schönes Stück aus unserem Rheinischen Landesmuseum: ein bronzenener Eberzahn, den wir in Xanten gefunden haben. Ihn können Sie ganz vielfältig auch zur Abwehr von Gefahren verwenden.

(Allgemeine Heiterkeit)

Aber Sie können ihn auch nett auf Ihren Schreibtisch legen.

Reinhard Paß, Oberbürgermeister von Essen: Vielen herzlichen Dank! – Ich bedanke mich herzlich für diese nette Gabe, für diesen Eberzahn. Ich gehe davon aus, das hat jetzt keine Symbolik in irgendeiner Art und Weise; zumindest erschließt sie sich mir im Moment nicht. Aber ich freue mich sehr darüber, dass man etwas Historisches hat, und verspreche Ihnen: Es wird einen ehrenvollen Platz bei mir haben. Vielen herzlichen Dank!

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Tagesordnungspunkt 3, meine Damen und Herren, ist die

Verpflichtung neuer Mitglieder

Herr Wolfgang Bosbach war an der Teilnahme der konstituierenden Sitzung am 08.02.2010 verhindert.

Herr Bosbach, danke schön, dass Sie sich erheben haben.

Ich darf Sie bitten, meine Damen und Herren, sich ebenfalls kurz zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Lieber Herr Bosbach, ich verpflichte Sie auf gesetzmäßige und gewissenhafte Wahrnehmung Ihrer Aufgaben und hoffe auf eine gute, angenehme und konstruktive Zusammenarbeit.

Herzlichen Dank und herzlichen Glückwunsch zur Aufnahme in die Landschaftsversammlung Rheinland!

(Bosbach, SPD: Vielen Dank!
– Allgemeiner lebhafter Beifall)

Tagesordnungspunkt 4:

Umbesetzung in den Ausschüssen

– Antrag Nr. 13/6 sowie Schreiben
der Freien Wähler vom 19.02.2010 –

Beide sollten zumindest den Fraktionsvorsitzenden, der Geschäftsführung oder allen Damen und Herren auf dem Tisch liegen. Es geht um die Umbesetzung in den Ausschüssen, die in der Regel kommentarlos und ohne Wortmeldungen vorgenommen werden können, wenn Sie das wünschen.

Gibt es Wortmeldungen? – Ja, bitte schön, Herr Rehse.

Rehse (Freie Wähler/Deine Freunde): Herr Dr. Wilhelm, ich habe für die Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde noch einen Nachtrag für den Sozialausschuss: Herr Klaus Sadowski, auch unter der Rubrik der zweiten Stellvertreter!

Vorsitzender Dr. Wilhelm: – Okay. – Im Protokoll kann das so festgehalten werden. Es ist also ein weiterer Vorschlag der Fraktion der Freien Wähler/Deine Freunde. Herzlichen Dank.

Wer dem Antrag mit der Ergänzung, die der Kollege Rehse jetzt vorgetragen hat, die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich kann das nicht sehen. Dann haben wir **einstimmig** so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 5:

Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 mit Haushaltsplan und Anlagen

– Vorlage Nr. 13/27 –

Hierzu gibt es in guter Tradition den Vortrag der Ersten Landesrätin, die für den Haushalt für die Verwaltung zuständig ist. Frau Hötte, Sie haben das Wort. Wir können, wenn wir wollen – und wir sollten das auch tun –, uns nach vorn begeben.

(Die Mitglieder der Verwaltung setzen sich auf eine Stuhlreihe vor den Mitgliedern der Landschaftsversammlung mit Blick auf die beiden Leinwände)

(Der Vortrag wird durch die
Projektion von Dias begleitet)

Frau Hötte, Erste Landesrätin und Kämmerin: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren der 13. Landschaftsversammlung und der Verwaltung! Liebe Gäste! Als Kämmerin des Landschaftsverbandes Rheinland bringe ich heute den Haushaltsentwurf für das Jahr 2010 in die Landschaftsversammlung ein, damit Sie anschließend Ihre Haushaltsberatungen aufnehmen können.

Dass wir außerhalb von Köln tagen und den Haushalt einbringen, ist eher selten der Fall. Aber heute hier in Essen zu sein, ist schon eine Abwechslung und auch eine Herausforderung. Herr Paß hat schon unser finanzielles Engagement in Essen angesprochen. Essen war auch am vergangenen Freitag die Stadt, die einen Fachkongress ausgerichtet hat, auf dem es um die kommunalen Finanzen gegangen ist und wo sehr viele Teilnehmer an Bund und Land appelliert haben, dass die Kommunen aus ihrer Schuldenfalle heraus müssen.

Es hat ein Essener Signal gegeben, habe ich heute in der Presse gelesen. Das werden wir sicherlich bald nachlesen können. Und es hat auch ein Signal des Finanzministers Dr. Linssen gegeben, der gesagt hat:

Das Land hat selber kein Geld. Einem nackten Mann könnt ihr nicht in die Tasche fassen.

Sie sehen: Über die kommunalen Haushalte zu sprechen und zu diskutieren, ist schon seit langem keine vergnügliche Angelegenheit mehr. Sie kennen das bereits aus Ihren Räten und auch Kreistagen.

Die Konsolidierung des Haushaltes ist seit Jahren die Hauptaufgabe der Kämmerinnen und Kämmerer, und die zu treffenden notwendigen Maßnahmen begrenzen zunehmend die Gestaltungsmöglichkeiten der politischen Vertretung.

Dabei gleichzeitig eine kommunale Angebotsstruktur zur Verfügung zu stellen und zu finanzieren, die sich durch Leistungsfähigkeit, vor allem in der kommunalen Daseinsvorsorge, auszeichnet, ist schon fast die Quadratur des Kreises.

Nach Ihrer Konstituierung am 08.02.2010 beginnen Sie nun durch diese Sitzung sehr zeitnah Ih-

re Haushaltsberatungen, und diese werden Sie vor besondere Herausforderungen stellen. Welche das sind, möchte ich Ihnen gerne erläutern.

Die Wirtschaftsleistung in der Bundesrepublik Deutschland ist im Jahr 2009 um fünf Prozent zurückgegangen. Damit verzeichnen wir den stärksten Einbruch seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Diese Entwicklung hat erhebliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Finanzierung der kommunalen Leistungen insgesamt und damit auch der Finanzierung der Leistungen des Landschaftsverbandes.

Trotz der im Hinblick auf die Steuereinnahmen sehr positiv verlaufenden Jahre 2006 bis 2008 und nach vielen Jahren der Konsolidierung ist es den Kommunen letztlich nicht gelungen, ihre Haushalte strukturell zu verbessern. Indiz für die auch in dieser Zeit unverändert bestehenden Probleme in vielen Städten sind die weiter gestiegenen Liquiditätskredite. Man kann sagen: Die Basis der kommunalen Selbstverwaltung erodiert!

Wir stecken seit Ende 2008 in einer Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bisher kaum vorstellbaren Ausmaßes. Es war abzusehen, dass diese durch den Einbruch der Steuereinnahmen gravierende Spuren auf der Ertragsseite in unseren Haushalten hinterlassen würde – und das nicht nur derzeit, sondern auch im nächsten und wohl auch im übernächsten Jahr!

Also: Derzeit haben wir wohl ganz offensichtlich ein drückendes Problem vor allem auf der Ertragsseite, weil die Steuereinnahmen weggebrochen sind. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass wir vom Grundsatz her und damit strukturell ein Problem in Bezug auf die Aufwandsentwicklung haben. Konkret spreche ich damit die Sozialhilfeausgaben an.

Natürlich: Wäre die Finanzierung gesichert und die Erträge flößen in gleichem Maße, wie die Aufwendungen steigen, dann wäre auch die Aufwandsseite nicht mehr das Problem.

Die Unterfinanzierung der kommunalen Familie besteht aber bereits seit Jahrzehnten. Die Finanzierungssalden, das heißt die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben, fallen je Einwohner in den NRW-Kommunen seit 30 Jahren schlechter aus als in den westdeutschen Flächenländern insgesamt. Im Durchschnitt betrug die Differenz beim Finanzierungssaldo pro Einwohner mehr als 50 Euro.

Hauptursache für die schlechte Finanzlage der kommunalen Familie sind die Sozialaufwendungen. Die Aufwendungen steigen in einer Größenordnung an, dass die kommunale Familie auch bei normaler Wirtschaftsleistung nicht mehr in der Lage ist, diese durch ihre Erträge zu decken.

Die Kommunen werden zu bestimmten Aufgaben und Standards unter anderem auch durch Bundes- und Landesgesetze verpflichtet, ohne dass die Finanzierung immer geklärt oder ausreichend vorhanden ist.

Hier stehen wir an der Grenze der Verletzung der verfassungsmäßig garantierten kommunalen Selbstverwaltung, wenn diese gesetzmäßig vorgeschriebenen Aufgabenübernahmen zu einer strukturellen Unterfinanzierung der kommunalen Haushalte führen, aber gleichzeitig landes- oder bundespolitische Ziele im eigentlichen Fokus stehen.

In seiner Pressemitteilung vom 02.02.2010 titelt der Deutsche Städtetag:

Die Städte schlagen Alarm: Finanzprobleme spitzen sich dramatisch zu – Hilferuf an Bund und Länder.

Und er führt dazu aus – Zitat –:

Die schon seit Jahren bestehenden strukturellen Finanzprobleme vieler Städte spitzen sich zur Zeit dramatisch zu. Rekorddefizite in zweistelliger Milliardenhöhe, eine explodierende Verschuldung durch kurzfristige Kredite, der stärkste Steuerrückgang seit Jahrzehnten und ungebremst steigende Sozialausgaben kennzeichnen die Situation. Ein Teil der Städte steht vor dem Kollaps und droht handlungsunfähig zu werden.

Wir alle hier wissen: Eine Umverteilung im horizontalen Finanzausgleich, das heißt innerhalb der kommunalen Familie, wird uns nicht wirklich helfen, die Probleme zu lösen. Schauen Sie in der Tat nur einmal auf das Volumen der aufgestauten Liquiditätskredite, die die Kommunen vor sich herschieben und auch weiter aufbauen müssen, um zu überleben; bundesweit sind das 33,8 Milliarden Euro!

Und im Moment sind wir in einer absoluten Niedrigzinsphase! Es will also gar nicht zu Ende gedacht werden, was passiert, wenn die Zinsen in ein bis zwei Jahren wieder ansteigen.

Und für mich ist mittlerweile auch fraglich, ob eine Umverteilung im vertikalen Finanzausgleich innerhalb von NRW dies alles zu lösen vermag. Es bedarf aus meiner Sicht weitergehender Reformen im Hinblick auf die Standardfestsetzung und Finanzierung von öffentlichen Leistungen insgesamt, also über alle Ebenen hinweg – Bund, Länder und Kommunen.

Deswegen hat es uns sehr gefreut, dass die 12. Landschaftsversammlung vor nicht allzu langer Zeit über eine Resolution an die Verantwortlichen von Land und Bund appelliert hat, sich an den Kosten zur Eingliederungshilfe in Zukunft zu beteiligen; und zwar um das zu tun, was wir alle wollen: bedarfsgerechte und benötigte Leistungen zur Verfügung zu stellen und sie auch finanzieren zu können!

Hier intelligente Lösungen zu finden, ist wahrhaft keine leichte Aufgabe. Aber es muss eine Gemeinschaftsaufgabe aller Ebenen sein, wenn wir erfolgreich sein wollen. Dessen bin ich mir ziemlich sicher.

Auch die kommunalen Spitzenverbände haben das Thema auf der Agenda und sind bereits aktiv unterwegs. Das ist eine gute Entwicklung! Das Land braucht handlungsfähige Städte, Kreise und Landschaftsverbände. Es ist wichtig für unsere Gesellschaft, dass das Vertrauen der Menschen in die kommunalen Dienstleistungen nicht verloren geht. Dazu braucht die kommunale Familie vor allem Entlastungen bei den Sozialausgaben.

Wie sieht die Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen in Nordrhein-Westfalen konkret aus? – Ich habe zwei Teilbereiche in den Fokus genommen, die Einkommen- und die Gewerbesteuer.

Im letzten Quartal unseres Referenzzeitraumes für den Haushalt 2010, der sich vom 01.07.2008 bis zum 30.06.2009 erstreckt, bricht die Einkommensteuer deutlich weg. Die Gewerbesteuer hingegen stürzte bereits im vierten Quartal 2008 erheblich ab und brach im dritten Quartal 2009 mit minus 36,5 Prozent nochmals dramatisch ein.

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen hat im November 2009 im Hinblick auf die kommunalen Steuereinnahmen für das Jahr 2009 ein Minus von zehn Prozent und für das Jahr 2010 ein weiteres Minus von vier Prozent gegenüber dem Vorjahr prognostiziert, bevor es in 2011 wieder zu positiven Zahlen kommt.

Ab Mitte 2009 läuft unser Referenzzeitraum für 2011, ab Mitte 2010 der Referenzzeitraum für 2012. Das heißt, diese Entwicklung trifft uns mit einem Zeitverzug von einem Jahr auf der Ertragsseite im Haushalt. Sie werden später sehen, wie sich diese dramatischen Rückgänge auf unsere mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung auswirken werden.

Als ersten Ausblick können Sie der Folie bereits durch die farbliche Gestaltung im Hinblick auf die Haushaltsrelevanz entnehmen, dass die Jahre 2010 bis 2012 alle in Rot ausgewiesen sind.

Und Sie können vermutlich jetzt schon schlussfolgern, welchen besorgniserregenden Einbruch wir auf der Ertragsseite erleben werden. Das Ausmaß des Absturzes hat der Arbeitskreis Steuerschätzungen, der im November 2008 – also vor gut einem Jahr – getagt hat, nicht vorausgesehen. Er hat zwar leichte Rückgänge angenommen, aber insgesamt erwartete er eine positive Steuerentwicklung. Hinsichtlich der Wachstumsraten des nominalen Bruttoinlandsproduktes wurden seinerzeit auch noch positive Wachstumsraten unterstellt.

Auch die Modellrechnungen des Landes aus 2008 verkündeten seinerzeit noch Positives. Und weil 2008 ein absolutes Spitzensteuerjahr war, flossen dem LVR im Jahr 2009 sogar weitere Erträge in einer Größenordnung von über 20 Millionen Euro zu.

Unsere Mitgliedskörperschaften haben bei der Anhörung zum Haushalt 2009 – das war im November 2008 – darauf gedrängt, der LVR möge diese Mehrerträge an seine Mitgliedskörperschaften zu deren Entlastung weiterreichen.

Trotz der positiven Parameter, der Steuerschätzung und den Modellrechnungen des Landes, habe ich seinerzeit schon Wasser in den Wein geschüttet und darauf hingewiesen, dass sich die Halbwertszeit von Annahmen und Prognosen deutlich reduziert hat. Auch vor einem Jahr war denjenigen, die sich mit kommunalen Finanzen beschäftigen, klar, dass der zusätzliche Steuerzufluss nicht dazu führen wird, dass die Kommunen ihre Haushalte strukturell verbessern und damit dauerhaft werden ausgleichen können.

Und es war auch abzusehen, dass sich die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise mit einer zeitlichen Verzögerung auf die Ertrags- und Aufwandspositionen in den kommunalen Haushalten auswirken wird. Dass wir das allerdings mit einer

solchen Wucht erleben würden, hatte auch ich seinerzeit noch nicht angenommen.

Sie alle hier wissen, dass unser Haushalt zu fast 90 Prozent durch soziale Leistungen geprägt ist. Genau sind es 89,8 Prozent. Und Sie alle wissen auch, dass die Sozialaufwendungen kontinuierlich ansteigen und dieser Entwicklung nur schwer entgegengesteuert werden kann.

Diese Rahmenbedingungen machen auch deutlich, dass das zur Verfügung stehende Potenzial für eine erfolgreiche Konsolidierung sehr begrenzt ist.

Wenn die Erträge sich aber immer weiter hinter den Aufwendungen entwickeln, dann wird die Herausforderung immer größer, meine Damen und Herren. Diese Folie soll das verdeutlichen. Es ist ein Vergleich dargestellt zwischen den Jahren 2004 und 2010 und den sich vollzogenen Entwicklungen im Hinblick auf die Landschaftsumlage und die Sozialhilfe. Die Schere spreizt sich jedes Jahr ein wenig weiter auf, und es wird immer schwerer für uns, das Delta durch alternative Maßnahmen zu schließen.

Behalten Sie bitte das vorherige Bild vor Augen: 89,8 Prozent unseres Haushaltes entfallen auf soziale Leistungen. Das heißt, gerade einmal 10,2 Prozent unseres Haushaltes sind nicht von sozialen Leistungen dominiert. Das Delta zwischen dem verringerten Aufkommen an Landschaftsumlage und dem Mehr an Aufwendungen für soziale Leistungen beträgt bei diesem Schaubild aber schon 10,4 Prozent!

Das heißt also was? Selbst wenn wir sämtliche Aktivitäten bis auf die sozialen Leistungen fortan einstellen, überleben wir, wenn wir uns auf die Landschaftsumlage konzentrieren, gerade einmal das Jahr 2010!

Es gibt zwar noch Schlüsselzuweisungen und andere Ertragszuflüsse; die sind aber im Verhältnis so gering, dass sie unsere Situation nicht deutlich verbessern, allenfalls den Eintritt der Überschuldung unwesentlich hinauszögern.

Nun sind wir ja ein Umlageverband. Und als solcher sind wir – wie die Städte und Kreise auch – zum Ausgleich unseres Haushaltes verpflichtet. Da wäre es ja ein Leichtes, die Umlage zu erhöhen, und schon wäre das Problem gelöst.

Nein, das ist es natürlich nicht! Und das sage ich an dieser Stelle auch ganz deutlich und aus-

drücklich in Ihre Richtung als Vertreter der kommunalen Familie. Der LVR ist Teil der kommunalen Familie, und wir wollen als Mitglied dieser Familie auch unsere Verantwortung tragen. Wir kennen unsere Haushaltssituation. Und wir kennen sehr genau die finanzielle Situation, in der sich unsere Mitgliedskörperschaften und die gesamte kommunale Familie befinden.

Schon seit Anfang der 90er-Jahre wirtschaften zahlreiche Kommunen mit einem Haushaltssicherungskonzept. Derzeit sind es 59 von 427. Das sind 14 Prozent. Unter den Mitgliedern des Städtetages NRW liegt der Anteil bei 36 Prozent.

Besonders dramatisch ist die Haushaltslage vor allem bei Großstädten. Fast 60 Prozent der Mitgliedsstädte des Städtetages NRW prognostizieren, im Haushaltsjahr 2010 Haushaltssicherungskommune zu sein. Die reale Gefahr der Überschuldung wird für die kommenden Jahre von nahezu jeder zweiten Mitgliedsstadt des Städtetages gesehen.

Nach dem Gesetz werden Kommunen nicht insolvent, aber faktisch werden wir es sehr wohl, wenn die Entwicklung sich so fortsetzt und wir mit Land und Bund keine Erfolg bringende Strategie finden, die auf Dauer die Leistungsfähigkeit für die Daseinsvorsorge, unsere primäre Aufgabe, sichert!

Der Geschäftsführer des Städtetages NRW, Dr. Articus, erklärte bei der Vorstellung des Gemeindefinanzberichtes im November 2009 – Zitat –:

Die immensen Sozialausgaben sind eine Hauptursache für die schlechte Finanzlage der NRW-Städte. Die entsprechenden Bundesgesetze dürfen die Kommunen nicht immer mehr belasten. Wir brauchen im Gegenteil dringend eine Entlastung, vor allem bei den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose, aber auch durch eine Reform der Eingliederungshilfe für Behinderte.

Gleichlautende Statements gibt es von allen kommunalen Spitzenverbänden.

Lassen Sie mich jetzt zu den Eckdaten des Haushaltsentwurfes 2010 kommen. – Der LVR hat seine angestrebten haushaltswirtschaftlichen Ziele definiert. Die Transparenz über diese Ziele soll Ihnen zunächst aufzeigen, welche Strategie der LVR überhaupt verfolgt.

Das Arbeiten mit Zielen und mit entsprechenden Zielvereinbarungen ist ein sehr wichtiges Führungsinstrument im LVR und damit für die gesamte Organisation prägend.

Die Ziele mit entsprechenden Kennzahlen bilden sich nicht nur im Haushalt ab. Umsetzungsmaßnahmen, die über Zielvereinbarungen mit den Dezernaten und der Mitarbeiterschaft konkretisiert werden – sei es über die leistungsorientierte Bezahlung oder die eingeführte „Balanced Scorecard“ – bestimmen unser tägliches Handeln. Insofern haben wir uns ein gutes Stück im Hinblick auf „Führen über Ziele“ weiterentwickelt.

Ich erwähne das, damit bei Ihnen nicht der Eindruck entsteht, dass wir nur nach außen hin Ziele definieren und dann innerhalb der Verwaltung nichts passiert. Das gesamte Verwaltungshandeln ist mittlerweile darauf ausgerichtet, dass die gesetzten Ziele in der Tat auch erreicht werden können; und das haben wir auch systematisch bzw. organisatorisch gut unterlegt!

Also, das System ist angelegt. Und dennoch – und das betrübt mich – weiß ich heute, dass wir die haushaltswirtschaftlichen Ziele, so wie sie definiert sind, in der mittelfristigen Finanzplanung aus eigener Kraft wohl nicht erreichen werden können.

Was sind die Ziele? – Die Haushaltskonsolidierung! Sie hat mittlerweile den absoluten Schwerpunkt in der Zielsetzung eingenommen, was den vorgenannten Rahmenbedingungen geschuldet ist. Das heißt mit anderen Worten, alle Ziele richten sich mittlerweile auch im Fokus darauf aus, der Haushaltskonsolidierung letztlich Rechnung tragen zu müssen.

Manchmal stehen Ziele in einem Konflikt zueinander; manchmal befördern sie sich gegenseitig. Unsere Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung befördern das Ziel der Umlagesatzversteigerung und tragen damit der Erfüllung des Rücksichtnahmegebotes gegenüber unseren Mitgliedskörperschaften Rechnung.

Aber die drei anderen Ziele,

- maßvolle Entschuldung,
- Sicherstellung der Liquidität und
- Erhalt des Eigenkapitals,

die alle sehr sinnvoll und notwendig für eine geordnete Haushaltswirtschaft sind, stehen aufgrund der äußerst angespannten Rahmenbedin-

gungen mittlerweile in einem Zielkonflikt zur Umlagesatzversteigerung.

Sie werden später sehen, dass wir nicht nur bereits 2009, sondern auch 2010 Eigenkapital zum Haushaltsausgleich einsetzen müssen. Und unser Eigenkapital ist nicht besonders hoch in Relation zu unserem Haushaltsvolumen. Die Jahre 2011 und 2012 entwickeln sich aber noch dramatischer als 2010. Damit wird auch das Ziel der Umlagesatzversteigerung nach der derzeitigen Datenlage nicht mehr erreichbar sein.

Der Einsatz von Eigenkapital strapaziert gleichzeitig unsere Liquidität, weil wir mangels Geldzuflusses über die Umlage Liquiditätskredite aufnehmen müssen, um das Verwaltungshandeln überhaupt zu ermöglichen.

Der Spielraum zur Entschuldung schrumpft damit gegen Null bzw. die Liquiditätskredite führen dazu, dass die Verschuldung und damit der Zinsaufwand, der umlagerelevant ist, wieder ansteigt. Wir halten dennoch auch langfristig an unseren Zielen fest, weil wir der Überzeugung sind, dass diese Zielkombination eine wesentliche Grundlage einer geordneten Haushaltswirtschaft darstellt. Auch wenn wir in der mittelfristigen Haushaltswirtschaft diese Ziele voraussichtlich nicht umsetzen werden können, entsprechen sie dennoch weiterhin unseren langfristigen Zielen.

Da sich aufgrund der fortsetzenden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bereits im Jahr 2009 abgezeichnet hat, dass die kommunalen Haushalte wie auch der LVR-Haushalt weiteren einschneidenden Belastungen ausgesetzt sein werden, habe ich sehr frühzeitig, und zwar unverzüglich nach Beendigung der vorläufigen Haushaltsführung, eine Haushaltssperre für den Haushalt 2009 verfügt. Durch die entsprechende Verfügung wurden 30 Prozent der Sachaufwandbudgets gesperrt, und es wurden restriktive Bewirtschaftungsregeln angeordnet.

Darüber hinaus wurde eine Arbeitsgruppe „Haushaltskonsolidierung“ unter der Federführung des Fachbereichs Finanzmanagement eingerichtet, die mit Führungskräften aus allen Dezernaten besetzt ist. Diese Arbeitsgruppe hat die Aufgabe, eine strategische Haushaltskonsolidierung als Prozess zu implementieren – mit dem Ziel, nachhaltige Konsolidierungspotenziale in den Dezernaten zu ermitteln und Umsetzungsvorschläge für den Verwaltungsvorstand zu erarbeiten, die

dann den politischen Gremien vorgestellt werden.

Ein weiteres Ziel der Arbeitsgruppe besteht darin, die Mitarbeiterschaft für das Thema „Konsolidierung“ zu sensibilisieren und sie zur aktiven Teilnahme zu motivieren.

Nun einige Ausführungen zum Umlagesatz. – Dem LVR ist es gelungen, den Umlagesatz in der Zeit von 2005 bis 2008 um 1,45 Prozentpunkte zu reduzieren. 2009 wurde der Umlagesatz verstetigt. Die Senkung des Umlagesatzes in 2008 und die Verstetigung in 2009 konnte vor dem Hintergrund der erheblichen Belastungen im Zusammenhang mit dem Konsolidierungsprozess um die WestLB und den Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise nur gelingen, indem frühzeitig Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung ergriffen und Haushaltssperren verhängt worden sind.

Der Jahresabschluss 2009 wird dennoch voraussichtlich ein Defizit von rund 43 Millionen Euro ausweisen, was bedeutet, dass die Ausgleichsrücklage in dieser Größenordnung zum fiktiven Haushaltsausgleich herangezogen werden muss.

Wir kennen zum heutigen Zeitpunkt das Ergebnis noch nicht ganz genau. Verschiedenste Tatbestände sind noch zu verarbeiten oder auf das Jahr 2009 abzugrenzen. Die Arbeiten dazu laufen noch.

Aber soviel kann ich schon sagen: Dass das Ergebnis vermutlich schlechter ausfällt als geplant, das ist dem Konsolidierungsprozess um die WestLB geschuldet. Weitere Wertberichtigungen sind erforderlich und von der mittlerweile gegründeten EAA, der „Ersten Abwicklungsanstalt“, haben wir auch schon eine Rechnung erhalten.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen Hinweis: Wir haben Sie das ganze Jahr 2009 permanent mit den Prozessen um die WestLB beschäftigt müssen. Sie mussten nicht nur schwierigste Entscheidungen zu hochkomplexen Sachverhalten treffen, sondern ebenso wie die Verwaltung haben Sie dafür viel Kraft, Mühe und Zeit investieren müssen.

Wir haben nach vielen Verhandlungen und Sitzungen zum Ende des Jahres 2009 letztlich ein Ergebnis für die Landschaftsverbände erzielen können, welches sie im Hinblick auf das zu tragende Risiko nicht mehr in ihrer Existenz bedroht. Das war lange Zeit und sah lange Zeit

ganz anders aus. Von daher können wir zunächst zufrieden sein über das, was wir im Ergebnis erreicht haben. Es hätte auch deutlich schlechter ausfallen können.

Die Verarbeitung der Auswirkungen um diesen Konsolidierungsprozess in unserem Haushalt belastet uns sehr und verschlimmert die Situation zusätzlich zu den Auswirkungen, die wir schon durch die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise erleben. Aber wir haben die Belastungen bzw. Risiken jetzt haushaltsmäßig verarbeitet, und wir hoffen, dass keine neuen belastenden Tatbestände mehr hinzukommen.

Deswegen möchte ich Sie bitten, dass wir es heute bei diesen Ausführungen zur WestLB und der EAA belassen können; es sei denn, Sie gestehen mir zu, dass sich die Haushaltsrede noch um eine weitere Stunde verlängert.

(Zurufe: Ja! - Auf jeden Fall!)

– Gerne. – Es sind nun einmal sehr komplexe und erklärungsbedürftige Vorgänge, wenn man das Thema in seinen Zusammenhängen gut und nachvollziehbar erklären will. Und darauf haben Sie einen Anspruch. Deswegen steht Ihnen die Verwaltung bei Ihren Haushaltsberatungen selbstverständlich für alle Ausführungen, Darstellungen und auch Details zu diesem Prozess und seinen Auswirkungen zur Verfügung.

In der Anhörung der Mitgliedskörperschaften zum Haushalt am 03.12.2009 habe ich erklärt, dass ich den Prozess um die WestLB zum außerordentlichen Tatbestand der Haushaltswirtschaft zähle.

Deswegen lassen Sie mich jetzt zurückkommen zum ordentlichen Tatbestand der Haushaltswirtschaft; denn der ist auch schon für sich alleine gesehen herausfordernd genug.

Meine Damen und Herren, der Landschaftsverband Rheinland befindet sich auch ohne die WestLB schon in einer schwierigen Haushaltssituation. Diese wird sich in der mittelfristigen Finanzplanung noch dramatisch weiter verschärfen. Bei Fortschreibung der Ansätze im Haushalt auf Basis der vorliegenden Daten des Landes und der eigenen Daten würde der LVR bei einem konstanten Umlagesatz spätestens im Jahr 2013 überschuldet sein.

Trotz intensivster Konsolidierungsmaßnahmen und restriktiver Bewirtschaftungsverfügungen

kann der LVR aufgrund der Soziallastigkeit des Haushaltes und den damit einhergehenden Aufwandssteigerungen nicht erfolgreich „entgegen-sparen“. Und dass sich der Aufwand erhöht, ist demografisch bedingt und durch die kontinuierlichen Fallzahlsteigerungen gegeben.

Dennoch strebt der LVR wegen seiner Kenntnis der ebenfalls dramatischen Situation der Haushalte seiner Mitgliedskörperschaften und den ihnen angehörenden Kommunen an, die Belastung unter Wahrung des Rücksichtnahmegebotes so gering wie absolut erforderlich ausfallen zu lassen.

Als ein Beispiel dafür, dass wir diese Rücksichtnahme stets ernst nehmen, möchte ich an dieser Stelle in Erinnerung rufen, dass der LVR in 2009 eine Rückstellung in Höhe von 70 Millionen Euro für ein Prozesskostenrisiko im Zusammenhang mit Krankenhilfeleistungen aufgelöst hat. Diese 70 Millionen Euro haben wir nicht einfach im Haushalt weiterverarbeitet, sondern wir haben sie im laufenden Jahr an die Mitgliedskörperschaften ausgezahlt!

Der Ihnen jetzt vorgelegte Haushaltsentwurf 2010 basiert auf einem Umlagesatz von 16,0 Prozentpunkten. Das heißt, es wird Ihnen vorgeschlagen, den Umlagesatz um 0,15 Prozentpunkte zu erhöhen. Bis auf zwei Mitgliedskörperschaften – das sind die Stadt Bonn und der Rhein-Kreis-Neuss – führt diese Erhöhung nicht dazu, dass die Mitgliedskörperschaften absolut mehr an den LVR zahlen müssen als in 2009. Das Gegenteil ist der Fall. Bis auf die beiden angesprochenen Körperschaften zahlen alle anderen weniger an den LVR.

Insoweit bitte ich Sie, es differenziert zu betrachten, wenn Sie – wie am Freitag im „Kölner Stadt-Anzeiger“ Rhein-Erft – lesen können – Zitat –: „LVR treibt Umlage im Kreis nach oben.“

Der Rhein-Erft-Kreis zahlt in 2010 über 1,7 Millionen Euro weniger an den LVR – trotz Umlagesatzerhöhung. Die Bewertung der Schlagzeile überlasse ich Ihnen deshalb selber.

Aufgrund des sich abzeichnenden Defizits im Jahr 2010 von 43,3 Millionen Euro – trotz Umlagesatzerhöhung – kann ein Haushaltsausgleich nur noch fiktiv erreicht werden, indem im Jahr 2010 eine weitere Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage erfolgt.

In Kenntnis dessen, dass die Ausgleichsrücklage vor Inanspruchnahme im Jahr 2009 nur ein Volumen von 186 Millionen Euro aufweist, hofft der LVR, dass seine Mitgliedskörperschaften sein Engagement zur Konsolidierung und zum Eigenkapitaleinsatz positiv bewerten. Die Aufsichtsbehörde hat sich bereits kritisch zum weiteren Einsatz der Ausgleichsrücklage in der vorgesehenen Größenordnung geäußert, natürlich auch in Kenntnis der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und der sich dort abzeichnenden erheblichen Defizite.

Dennoch sind die beiden Landschaftsverbände im November 2009 von Herrn Staatssekretär Brendel, Innenministerium NRW, angeschrieben und gebeten worden, aufgrund der angespannten Haushaltssituation in den Kommunen in NRW ihre Ermessensspielräume so weit auszunutzen, dass es möglichst durch die Landschaftsumlage zu keinen weiteren Belastungen für die Kommunen kommt. Dazu ist der LVR im Sinne des Rücksichtnahmegebotes gegenüber seinen Mitgliedskörperschaften bereits von sich aus bereit und zeigt dies durch die vorstehend beschriebenen Maßnahmen ja auch deutlich auf!

Lassen Sie mich jetzt zu den wichtigsten Ertrags- und Aufwandspositionen und deren Entwicklung in unserem Haushalt kommen. – Die beiden größten Ertragspositionen bilden die Landschaftsumlage und die Schlüsselzuweisungen. Bereits im vorherigen Jahr habe ich es bedauert, dass sich in den letzten Jahrzehnten das Verhältnis von Schlüsselzuweisungen zur Landschaftsumlage stetig und auch massiv zulasten der Landschaftsumlage und damit natürlich auch zulasten der kommunalen Haushalte verändert hat.

Da die kommunalen Steuereinnahmen die Grundlage für die Berechnung der Landschaftsumlage sind, haben wir durch die eingebrochenen Steuereinnahmen bei den Kommunen nunmehr den Effekt, dass dem LVR auch bei dem jetzt vorgeschlagenen leicht erhöhten Umlagesatz erheblich weniger Mittel zufließen, als das 2009 der Fall war.

Der LVR wird in 2010 bei einem Umlagesatz von 16,0 Prozentpunkten bei der Landschaftsumlage eine Ertragseinbuße von rund 63 Millionen Euro zu verkräften haben. Das belastet den Haushalt in massiver Weise, weil wir gleichzeitig im Vergleich zu 2009 Aufwandssteigerungen in der Sozialhilfe in Höhe von rund 98,5 Millionen Euro zu schultern haben.

Zu den einzelnen Aufwendungen. – Insgesamt umfasst der Ergebnisplan Aufwendungen von 2,9 Milliarden Euro. Diese Grafik stellt die einzelnen Aufwandsarten dar. Die Transferaufwendungen stellen mit nahezu 2,4 Milliarden Euro den größten Block dar. Das bedeutet, dass der Großteil der Aufwendungen von uns nicht wesentlich beeinflussbar ist.

Bei den Aufwendungen nach Produktbereichen ist der Produktbereich 05 – Soziale Leistungen – der finanziell bedeutendste und umfasst im Haushaltsjahr 2010 ebendiese rund 2,4 Milliarden Euro. Der Aufwand in diesem Produktbereich steigt kontinuierlich an.

Immer mehr erwachsene Menschen mit Behinderung sind beim Wohnen und im Bereich Arbeit auf eine Betreuung angewiesen. Die demografische Entwicklung in Deutschland ist seit Jahren durch eine sinkende Geburtenrate und eine steigende Lebenserwartung geprägt.

Bessere medizinische Versorgung, bessere Ernährung und bessere Arbeitsbedingungen sind Faktoren, die ein längeres Leben behinderter und nicht behinderter Menschen begünstigen. In den letzten Jahren erhalten immer mehr über 60-Jährige eine Betreuung in den verschiedenen Angeboten der Eingliederungshilfe. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass auch eine hohe Anzahl von behinderten älteren Menschen, die bisher von ihren Eltern betreut wurden, in den nächsten Jahren auf professionelle Hilfen angewiesen sein werden.

Die Altersstruktur der Leistungsberechtigten im Bereich der stationären Leistungen der Eingliederungshilfe hat sich in den letzten zehn Jahren deutlich zu den höheren Lebensaltersklassen verschoben.

So sind heute nur rund 15 Prozent der Leistungsberechtigten, die Eingliederungshilfen zum Wohnen erhalten, älter als 60 Jahre, während ca. 50 Prozent des Personenkreises im Alter zwischen 30 und 50 Jahre sind. Entsprechend sind die Leistungsangebote der Eingliederungshilfe dahin gehend weiter zu entwickeln, dass sie den sich ändernden Bedürfnissen der älter werdenden Menschen gerecht werden.

Den Statistiken der Krankenversicherungsträger ist zu entnehmen, dass die psychischen Erkrankungen zunehmen: 1976 lag der Anteil der Krankentage aufgrund psychischer Erkrankungen bei

ca. zwei Prozent; inzwischen sind es etwa neun Prozent.

In der Folge nimmt auch die Anzahl der Menschen mit psychischen Behinderungen, die auf Leistungen der Eingliederungshilfe angewiesen sind, stetig zu.

Neben den demografischen Faktoren bestimmen Änderungen von gesetzlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen die Haushaltsentwicklung 2010.

Die weitest reichenden Konsequenzen für die Aufgabenwahrnehmung in den kommenden Jahren wird aber ohne Zweifel die Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung haben, die zum 01.01.2009 in Kraft gesetzt wurde. Der Artikel 19 der UN-Konvention fordert die unabhängige Lebensführung und Teilnahme an der Gemeinschaft. Diese soll dadurch erzielt werden, dass Menschen nicht in Sondereinrichtungen leben müssen und ein uneingeschränktes Recht auf freie Wohnsitzwahl haben.

Dies setzt voraus, dass die Kommunen auch entsprechende Angebote zur Verfügung stellen. Damit ist nicht nur Barrierefreiheit gemeint, sondern die Gestaltung eines inklusiven Sozialraums gemeinsam mit den Städten und Kreisen. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, dass Menschen mit Behinderung ihr Wunsch- und Wahlrecht nach inklusiver Teilhabe wahrnehmen können. Die Umsetzung dieser Anforderungen aus der UN-Konvention soll künftig durch ein „Kompetenzteam Inklusion“ beim LVR gesteuert werden.

Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Rahmenbedingungen werden wir, wie auch schon in den Vorjahren, alle zur Verfügung stehenden Steuerungsmöglichkeiten zur Beeinflussung der Kostenentwicklung konsequent einsetzen.

Mit unseren externen Partnern wurden und werden Rahmenzielvereinbarungen und Einzelzielvereinbarungen abgeschlossen. Externe Partner, das sind die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die Träger von Wohneinrichtungen und -diensten und von Werkstätten für behinderte Menschen, die kommunalen Spitzenverbände sowie die Städte und Kreise, die Sozialpsychiatrische Zentren wie auch die Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen.

Damit sollen einerseits die Platzangebote in Wohnheimen reduziert werden, andererseits aber die Leistungen der Eingliederungshilfe zum

Wohnen und zur Beschäftigung strukturell und qualitativ weiterentwickelt sowie die Zusammenarbeit verbessert werden.

Im Zuge der Rahmenzielvereinbarung Wohnen I mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege und der Zielvereinbarungen mit einzelnen Wohnheimträgern vom Mai 2006 konnten insgesamt bis zum Frühjahr diesen Jahres etwa 1.000 stationäre Plätze abgebaut werden.

Der finanzielle Erfolg dieser Maßnahmen kann sich sehen lassen: Der zu erwartende Aufwandszuwachs konnte hierdurch um 17 Millionen Euro reduziert werden!

Mit dem Abschluss der Rahmenzielvereinbarung Wohnen II mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege vom Oktober 2008 soll an diese Entwicklung angeschlossen werden: Der Abbau von insgesamt 500 weiteren Plätzen in Wohnheimen bis zum Jahr 2011 soll erreicht werden. In den LVR-eigenen Einrichtungen ist der Abbau von weiteren 67 stationären Plätzen bis 2011 vorgesehen.

Darüber hinaus wurde vereinbart, Modelle zur Schaffung von Wohnverbänden zu erproben, die Zusammenarbeit zu intensivieren und ein begleitendes Controlling und Berichtswesen aufzubauen.

Als weitere Bestandteile eines langfristigen Steuerungskonzeptes sind zum Beispiel

- die Optimierung von Prozessen und der DV-Einsatz,
- der Ausbau eines differenzierten Berichtswesens,
- die Verbesserung der Steuerung im Einzelfall sowie
- die Ausdifferenzierung der Leistungsangebote zu nennen.

Die Leistungen der Eingliederungshilfe zum Wohnen und zur Beschäftigung sind auch in der Haushaltsaufstellung 2010 der bestimmende Faktor. Für diese Leistungen wird im Haushaltsjahr 2010 ein Aufwand von 1.713 Millionen Euro erforderlich sein. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2009 bedeutet dies einen Mehraufwand von nahezu 100 Millionen Euro!

Die stationären Wohnhilfen stellen auch 2010 mit einem Aufwand von über einer Milliarde Euro

den größten Anteil der Leistungen für Menschen mit Behinderungen dar. Für die ambulanten Unterstützungsleistungen zum selbstständigen Wohnen sind 257 Millionen Euro erforderlich.

Die eingesetzten Steuerungsmaßnahmen haben ganz wesentlich dazu beigetragen, dass die Zahl der Menschen, die aus dem Wohnheim ausziehen und mit ambulanter Unterstützung in der eigenen Wohnung selbstständig leben können, deutlich zugenommen hat. Für immer mehr Menschen ist das Wohnheim keine Alternative mehr zu einer selbstständigen Wohnform mit ambulanter Unterstützung.

Dies zeigt sich sehr deutlich an der Entwicklung der Fallzahlen in den letzten zehn Jahren: Die Zahl der Menschen mit Unterstützungsbedarf im Bereich Wohnen steigt.

Das Verhältnis „ambulant : stationär“ wird sich von etwa „20 : 80“ im Jahr 2003 auf etwa „50 : 50“ im Jahr 2010 verschieben; eine rasante und auch erfolgreiche Entwicklung, wie ich meine.

Dass mit dieser Entwicklung auch eine finanzielle Entlastung des LVR-Haushaltes verbunden war und ist, zeigt sich in der Relation der Aufwendungen in 2010: Einer Quote von etwa 50 Prozent ambulant bei den Fallzahlen steht eine Quote von etwa 20 Prozent ambulant bei den Kosten gegenüber. Also: „Ambulant vor stationär“ rechnet sich!

Die Leistungen zur Beschäftigung sind mit dem für 2010 geplanten Aufwand von 449 Millionen Euro der zweitgrößte Aufwandsposten im LVR-Haushalt. 2010 werden etwa 30.500 Menschen in einer Werkstatt für behinderte Menschen beschäftigt sein.

Auch im Bereich Arbeit und Beschäftigung wird die Entwicklung von steigenden Fallzahlen und steigenden Kosten geprägt. Alternative Beschäftigungsmöglichkeiten zum Beispiel auf dem Ersten Arbeitsmarkt stehen insbesondere in Zeiten der noch andauernden Wirtschaftskrise nur sehr begrenzt zur Verfügung. Dennoch werden alle Anstrengungen unternommen, Modelle zur Förderung des Übergangs von Werkstattbeschäftigten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu entwickeln und zu erproben.

So startete 2008 das Modell „Kombi-Lohn-WfbM“. Damit soll Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer Werkstatt, wenn sie es wünschen, eine gezielte

Unterstützung bei der Integration in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis außerhalb der Werkstatt angeboten werden. Für Arbeitgeber wird ein verlässlicher und langfristiger finanzieller Zuschuss sowie eine fachliche Unterstützung bei der Beschäftigung von behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Betrieb garantiert.

Mit Stand Oktober 2009 sind 269 Beauftragungen der Integrationsfachdienste mit insgesamt 43 erfolgreichen Vermittlungen zu verzeichnen; davon 23 in Betriebe des allgemeinen Arbeitsmarktes, 16 in Integrationsprojekte und 4 in ein Ausbildungsverhältnis. Und das, meine Herren und Damen, trotz der schwierigen Rahmenbedingungen in der derzeitigen Wirtschaftskrise! Ein bemerkenswerter Erfolg und vor allem ein guter Anfang!

Den Förderbeträgen und Zuschüssen an die Arbeitgeber, die zeitlich befristet erbracht werden, stehen unmittelbare Einsparungen im Bereich der Werkstätten gegenüber:

- Die durchschnittlichen Kosten je Fall in einer Werkstatt betragen 15.000 Euro pro Fall und Jahr.
- Beim Kombi-Lohn-Modell und bei Vermittlung auf den Ersten Arbeitsmarkt fallen in den ersten fünf Jahren Kosten in Höhe von 9.000 Euro pro Fall/pro Jahr an. Das heißt, wir können 6.000 Euro pro Fall und Jahr einsparen. Ab dem sechsten Jahr können die Werkstattkosten in voller Höhe eingespart werden.

Die Beispiele belegen, dass die Umsteuerungsaktivitäten des LVR im Bereich der Eingliederungshilfe erfolgreich sind. Dennoch können wir nur erreichen, dass der Kostenanstieg gebremst wird. Dass die Kosten aber trotzdem weiter steigen, können wir aufgrund der Fallzahlentwicklung nicht verhindern.

Die Landschaftsverbände setzen sich seit Jahren für ein Bundesteilhabegeld ein, damit die Kommunen die Aufgaben auch weiter schultern können. Auf diesem Weg müssen wir bleiben und das Thema zusammen mit den Kommunalen Spitzenverbänden in jedem Fall wach halten.

Neben den sozialen Leistungen möchte ich noch zu einer anderen Aufwandsart sprechen, weil sie immer von besonderem Interesse ist: der Personalaufwand.

Leider kommt die gelbe Linie nicht so gut rüber, aber Sie sehen trotzdem: Es gibt unterschiedliche Entwicklungen.

Der Folie können Sie entnehmen, wie sich die Personalkosten seit 2004 im Ist entwickelt haben und wie diese Entwicklung ausgesehen hätte, wenn es eine durchschnittliche Fortschreibung der Personalkosten mit den Steigerungsraten 2000 bis 2005 gegeben hätte.

Aufgrund eines politischen Beschlusses sind die Personalkosten auf den Stand von 2005 gedeckelt worden. Seitdem werden nur noch für neu hinzugekommene oder refinanzierte Maßnahmen Personalkostenbudgets zur Verfügung gestellt. Tariferhöhungen wurden weder für 2008 noch für 2009 und werden auch nicht für 2010 eingeplant. Die Dezernate sind aufgefordert, die Tariferhöhungen durch Konsolidierungsmaßnahmen zu erwirtschaften.

Ich komme nun zur mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung, die auch im Hinblick auf die noch anhaltende Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise von größter Bedeutung ist – und das gerade für den LVR, weil die wirtschaftlichen Entwicklungen den LVR immer erst mit einem Zeitverzug von einem Jahr erreichen.

Die Planung der Jahre 2011 bis 2013 gestaltet sich aufgrund der prognostizierten Entwicklung durch das Land NRW ebenfalls äußerst schwierig. Die Umlagegrundlagen werden nach den Orientierungsdaten des Landes in 2011 nochmals dramatisch sinken und erst in 2012 und 2013 wieder ansteigen.

Es zeichnet sich also ab, dass auch bei einem leicht erhöhten Hebesatz von 16,0 Prozentpunkten die kumulierten Fehlbedarfe bis 2013 das zur Disposition stehende Eigenkapital übersteigen werden. Damit droht dem Landschaftsverband Rheinland die Überschuldung und damit auch faktisch seine Handlungsunfähigkeit.

Diese Folie zeigt auf, wie sich die Fehlbeträge über die einzelnen Jahre entwickeln werden. Das ist kein erfreulicher Anblick, wie Sie mir sicherlich zustimmen werden.

Schon in seinem Erlass zum Haushalt 2009 hat der Innenminister die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage für bedenklich gehalten, da echter Eigenkapitalverzehr stattfindet. In persönlichen Gesprächen mit der Kommunalaufsicht im November 2009 machte diese nochmals deut-

lich, dass ein weitergehender Einsatz von Eigenkapital, insbesondere über die Ausgleichsrücklage hinaus, zum fiktiven Haushaltsausgleich grundsätzlich als kritisch angesehen wird und eine Genehmigung dazu nicht in Aussicht gestellt werden kann.

Die Haltung der Kommunalaufsicht ist nachvollziehbar, weil zum einen die Eigenkapitalausstattung des LVR, bezogen auf sein Haushaltsvolumen und seinen Schuldenstand, nicht gerade üppig ist und sich zum anderen ein erneuter Aufbau von Eigenkapital über die Umlage schwierig gestalten dürfte.

Sie sehen hier, wie schnell sich das gesamte Eigenkapital, das sich aus der Ausgleichsrücklage und der allgemeinen Rücklage zusammensetzt, aufgezehrt wird.

Darüber hinaus würden zur Sicherstellung der Liquidität in den Jahren 2011 bis 2013 die Liquiditätskredite exorbitant ansteigen müssen, weil das zur Aufgabenerfüllung benötigte Geld nicht über die Umlage an den LVR fließen würde. Liquiditätskredite in einer Größenordnung von rund 700 Millionen Euro würden sich bei einem gleichbleibenden Umlagesatz bis 2013 aufbauen, um die Aufgabenerfüllung sicherstellen zu können. Die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage zum fiktiven Haushaltsausgleich führt nämlich selbst nicht zu einer Liquiditätsverstärkung.

Vor diesem Hintergrund und zur Gewährleistung der dauerhaften Leistungsfähigkeit des Landschaftsverbandes Rheinland ist eine Anpassung des Umlagesatzes im Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bei den vorliegenden Prognosedaten aus heutiger Sicht unverzichtbar.

Im Rahmen der strategischen Haushaltskonsolidierung wird der Landschaftsverband Rheinland aber alles unternehmen, um sein haushaltswirtschaftliches Ziel, seine Mitgliedskörperschaften nur so weit wie nötig zu belasten, aber trotzdem handlungsfähig zu bleiben, auch in den künftigen Jahren zu erreichen. Dazu wird der Verwaltungsvorstand zeitnah in weitergehende Überlegungen zur Konsolidierung einsteigen und eine Art „Haushaltssicherungskonzept“ für den LVR erarbeiten.

Nicht zuletzt wird die Zielerreichung aber auch von der weiteren konjunkturellen Entwicklung abhängen, ebenso wie von der Entwicklung der Sozialhilfeausgaben und einer möglichen Teilhabe von Land und/oder Bund an den Kosten.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich komme zum Ende meiner Rede. – Die Verwaltung legt Ihnen einen Haushaltsentwurf 2010 vor, der vorsieht, den Umlagesatz auf 16,0 Prozentpunkte und damit um 0,15 Prozentpunkte anzuheben. Durch die Anhebung generiert der LVR rund 20 Millionen Euro Mehrertrag im Vergleich zu einem konstanten Umlagesatz. Aber man darf auch nicht übersehen, dass absolut im Vergleich zum Jahr 2009 63 Millionen Euro weniger Umlage an den LVR fließen werden.

Die Parameter, die bei unserem Schwesterverband in Westfalen zu einer vorgeschlagenen Hebesatzerhöhung von 0,5 Prozentpunkten führen, gelten auch für den LVR. Wegbrechende Erträge bei gleichzeitig ansteigenden Aufwendungen vor allem in der Sozialhilfe und die Verarbeitung der Aufwendungen im Zusammenhang mit der Konsolidierung um die WestLB machen eine Hebesatzerhöhung unumgänglich.

Insbesondere die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung zeigt auf, dass sich die Haushalts-situation, auch ohne weiter zu verarbeitende Risiken aus den Finanzbeteiligungen, aufgrund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und den damit einhergehenden Ertragseinbrüchen bei gleichzeitig exorbitant ansteigenden Aufwandssteigerungen existenziell bedrohlich für die Landschaftsverbände entwickelt.

Dass wir im Rheinland die Umlage nur um 0,15 Prozentpunkte anheben und gleichzeitig die Bereitschaft zur Konsolidierung und zum Einsatz von Eigenkapital in einer wesentlichen Größenordnung haben, werte ich nicht nur als Erfolg, sondern es zeigt auch, dass wir das Rücksichtnahmegebot gegenüber unseren Mitgliedskörperschaften sehr ernst nehmen.

Die Dezernate und die ihnen vorstehenden Landesrätinnen und Landesräte sowie der LVR-Direktor haben bereits erhebliche Anstrengungen unternommen müssen, um die Konsolidierung voranzutreiben. Allen verantwortlichen Beteiligten ist bewusst, dass diese Anstrengungen konsequent fortgesetzt werden müssen, um die Leistungs- und Handlungsfähigkeit des LVR auch in Zukunft erhalten zu können.

Die Bereitschaft aller, sich nicht nur an den Konsolidierungsmaßnahmen, sondern auch aktiv an der Erarbeitung einer Art „Haushaltssicherungskonzept“ auf freiwilliger Basis zu beteiligen, zeigt die ausgeprägte Identifikation mit dem LVR und

seinen Mitgliedskörperschaften. Dafür bin ich dankbar.

Ihnen als politische Vertretung möchte ich ebenfalls danken. Was ich Ihnen heute hier zu berichten hatte, war keine einfache Kost! Aber ich weiß nach fast fünf Jahren Arbeit für den LVR, dass die Verwaltung und die politische Vertretung in der Lage sind, schwierige Situationen erfolgreich zu meistern, Sie die Argumente der Verwaltung ernst nehmen und bereit sind, im Interesse einer nachhaltigen Haushaltspolitik und im Interesse unserer Mitgliedskörperschaften auch eine Einschränkung Ihrer Gestaltungsmöglichkeiten in Kauf zu nehmen.

Weiterhin möchte ich mich an dieser Stelle auch ausdrücklich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr großes Engagement, insbesondere bei dem Bereich Finanzmanagement, bedanken, aber auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LVR insgesamt, weil es nur durch deren Engagement bei den Konsolidierungsmaßnahmen möglich ist, dass der LVR immer noch gute Dienstleistungen für unsere Leistungsempfänger, Kunden und Besucher erbringt und gleichzeitig auch noch auf den verschiedensten Themenfeldern hoch innovativ ist. Das alles ist ganz im Sinne von „Qualität für Menschen“.

Eine kleine Anleihe noch bei Goethes Faust zum Schluss. Dort ließ er sein Gretchen sagen: „Nach Golde drängt, am Golde hängt doch alles. Ach wir Armen!“ – Neuzeitlich sage ich: „Am Gelde hängt, zum Gelde drängt doch alles. Ach, wir Armen!“

Aber bleiben Sie bitte zuversichtlich! Der LVR mit seiner Verwaltung und politischen Vertretung hat auch in dieser schwierigen Zeit die Kraft, sich zukunftsorientiert aufzustellen. Dessen bin ich mir sehr sicher!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen gute Haushaltsberatungen!

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Vielen Dank, Frau Hötte, für diesen eindrucksvollen und auch sehr kommunalpolitischen Vortrag.

Wir haben uns traditionell hier verabredet, dass jetzt keine Debatte stattfindet, sondern die Bera-

tung des Haushaltes in die Ausschüsse verwiesen wird.

Wenn Sie damit einverstanden sind, werden wir so verfahren. Wir haben dann so **beschlossen**.

Aufgrund der Tatsache, meine Damen und Herren, dass die heutige Sitzung hier in Essen stattfindet und Sie im Anschluss an die Sitzung eben noch zu der Führung durch das Ruhrmuseum eingeladen worden sind, haben wir davon abgesehen, die Haushaltspläne, die ja doch ein gewisses Volumen und auch ein recht hohes Gewicht haben, Ihnen hier mitzugeben. Sie bekommen sie über Ihre Fraktionen, auch natürlich die Haushaltsrede von Frau Hötte.

Tagesordnungspunkt 6:

Änderung der Satzung für das LVR-Landesjugendamt Rheinland

– Vorlage Nr. 13/24 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 19.02.2010 einstimmig – bei Enthaltung der CDU-Fraktion – die Beschlussempfehlung abgegeben, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Herr Einmahl, bitte schön.

Einmahl (CDU): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion wird der Satzung nicht zustimmen. Wir hatten am Freitag im Landschaftsausschuss gebeten, den Landesjugendhilfeausschuss in diese Entscheidung einzubeziehen. Zunächst sah es auch in der Diskussion so aus, als ob das durchaus eine Mehrheit finden würde. Wir halten es nämlich für ungewöhnlich, dass das Gremium, das betroffen ist, nicht in den Prozess einbezogen wird. Da das aber am Ende doch nicht möglich war, werden wir jetzt die Satzungsänderung ablehnen!

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Gibt es eine weitere Wortmeldung? – Ich bin hier ein bisschen scheinwerfergeschädigt. Ich sehe aber keine weitere Wortmeldung.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Änderung der Satzung für das LVR-Landesjugendamt Rheinland seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Das ist die CDU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit Mehrheit so **beschlossen**.

(Unterrichtung des Vorsitzenden)

– Sie gibt es doch hier? - Okay, das wusste ich nicht.

Ich bin gerade darauf hingewiesen worden, dass ich Ihnen eine falsche Information gegeben habe. Die Haushaltsrede von Frau Hötte liegt doch für Sie vor.

(Zuruf: Nur die Rede!)

– Okay, dann war es doch zum Teil richtig, was ich Ihnen eben gesagt habe: Das dicke Paket mit den Unterlagen werden Sie später erhalten. Die Rede können Sie aber gerne schon mitnehmen

und sich im Laufe des Abends oder wann auch immer zu Gemüte führen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Tagesordnungspunkt 7:

Fragen und Anfragen

Es liegen mir keine Fragen und Anfragen vor.

Ich darf die Sitzung schließen. Wenn Sie mögen, sind Sie eingeladen. – Danke.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Schluss der Sitzung: 11.26 Uhr